

Budower Lokal-Anzeiger

Zeitung für die Märkische Schweiz

Budower Bade- u. Verkehrsanzeiger

Erscheint wöchentlich dreimal (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend). Bezugspreis mit Postlohn in Budow monatlich 1,10 R.-M., durch die Post bezogen 1,25 R.-M. einschließlich Bestellgeld. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Kurt Sird, Budow, Fernsprecher Nr. 54



Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 0,20 R.-M., im Werbeteil 0,50 R.-M. Anzeigenannahme an den Erscheinungstagen bis spätestens 9 Uhr vormittags. Druck und Verlag: Buchdruckerei Sird, Budow (Märkische Schweiz), Königstraße Nr. 4

amtliches Verkündungsblatt für die städtischen Behörden von Budow, sowie für die Gemeinden Waldsiefersdorf, Bollersdorf, Hasenholz usw.

Beilagen: Dienstag: Zeitbilder, illust. Unterhaltungsbeilage • Donnerstag: Der Garten und das Haus (14 täglich) • Sonnabend: Wort und Bild

Nr. 67

Donnerstag, den 1. Juni 1933

38. Jahrgang

Höhepunkt im Gereke-Prozess

Aufmarsch prominenter Zeugen — Hohe Politik im Gerichtssaal

In elf Tagen

Neuordnung der Weltwirtschaft. — Das diplomatische Arbeitspensum. — Abrüstung und Viermächtepakt.

Fast zwei Jahre lang war man mit Vorarbeiten beschäftigt — jetzt steht die Zusammenkunft der Wirtschaftler und Diplomaten bevor, von der eine Sanierung der Weltwirtschaft ausgehen soll. Der erste Gedanke an diese große Weltwirtschaftskonferenz tauchte auf, als die deutsche Bankentriebe und die englische Pfundkrise die Unmöglichkeit zeigten, die bisherige unorganisierte Form der Weltwirtschaft aufrecht zu erhalten. Seitdem haben sich die wirtschaftlichen Katastrophen in Europa und in Amerika so gehäuft, daß von Monat zu Monat das Thema der Weltwirtschaftskonferenz erweitert werden mußte, daß ausführliche Vorbereitungs-konferenzen in Genf wiederholt erforderlich waren, und daß der amerikanische Präsident führende Vertreter der europäischen Staaten nach zu Sonderbesprechungen nach Washington laden mußte. Alles das zeigt, wieviel vom Erfolg oder Mißerfolg dieser Weltwirtschaftskonferenz abhängt, daß die leitenden Staatsmänner sehr viel auf die Karte Weltwirtschaftskonferenz setzen, und daß sich die Folgen gar nicht übersehen lassen, wenn die Konferenz nicht das Ergebnis bringt, daß endlich Stabilität in die internationalen Währungsverhältnisse hineingebracht und der Arbeits- und Handelsmarkt mit neuer Kraft erfüllt wird.

Aber die Voraussetzung für den Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz ist, daß man auch die politischen Ursachen beseitigt, die zu dem jetzigen Verwirrungsstand in der Weltwirtschaft geführt haben. Das Grundübel der Nachkriegsentwicklung, die sich so katastrophal auf die Weltwirtschaft ausgewirkt hat, liegt ja im politischen, in den Verträgen oder, richtiger gesagt, Diktaten, die den Krieg beendeten und die an der Wirklichkeit völlig vorübergingen. Aber diese Grundlage vorausgesetzt, kann man die einzelnen Ursachen doch in zwei Gruppen teilen, in die wirtschaftlichen Unmöglichkeiten, die in den Pariser Vorortverträgen enthalten waren, und in die politische Vergewaltigung, die den unterliegenden Staaten zugefügt wurde. Die Reparationen, der wirtschaftliche Teil dieses Versailles Diktats, sind jetzt beseitigt. Die Londoner Konferenz geht um die Folgen der Reparationen, wenn sie sich mit dem Problem der internationalen Verschuldung beschäftigen soll, denn ein großer Teil der von Deutschland aufgenommenen Auslandskredite hatte ja lediglich den Zweck, die Bezahlung der Reparationen zu ermöglichen. Das zweite beunruhigende Moment, die politische Vergewaltigung Europas, besteht unverändert fort. Eigentlich kann ein Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz nur erwartet werden, wenn vorher diese Beunruhigungsmomente ausgeräumt werden.

Gerade deshalb muß man darauf dringen, daß das diplomatische Arbeitspensum, das noch vor der Weltwirtschaftskonferenz liegt, in jedem Falle bewältigt wird. Es läßt sich jetzt in den zwei Problemen zusammenfassen: Abrüstungsfragen und Viermächtepakt. Die politische Vertrauenskrise kann nur verschwinden, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung in Europa wirklich durchgeführt wird. Infolgedessen drängt ja auch die deutsche Regierung mit solcher Entschiedenheit darauf, daß die Abrüstungsverhandlungen schnell zu einem positiven Ergebnis geführt werden. Man hat sich seit Jahr und Tag über die Abrüstungsfragen unterhalten, so daß der ganze Komplex klar genug ist. Es müßte also bei gutem Willen möglich sein, in kurzer Zeit ein Abkommen zustande zu bringen. Allerdings darf man nicht verkennen, daß rein technisch die Zahl der Einzelfragen die in einem Abrüstungsvertrag geregelt werden müßten, sehr groß ist, und daß bis zum Beginn der Weltwirtschaftskonferenz nur noch etwa elf Tage zur Verfügung stehen. Für die Fragen der Heeresorganisationen hat man einen endgültigen Beschluß nicht gefunden und kann ihn auch gar nicht finden, solange nicht das Problem der qualitativen Abrüstung erledigt ist, solange nicht feststeht, wie europäische Armeen bewaffnet sein sollen. Dazu kommt dann die französische Sicherheitsforderung, und dazu kommt die Frage, an der Deutschland wenig beteiligt ist: das Problem der Großkriegsflotten. Als diese Frage zum ersten Male vor einhalb Jahren in Genf angeschnitten wurde, zeigte sich wie große Gegenläufe innerhalb der Seemächte bestehen, und daß die Seemächte kaum bereit sind, jetzt in aller Eile eine Lösung herbeizuführen.

Man hat sich eben so sehr in technische Fragen verliert, daß die erforderlichen Regelungen ziffernmäßig kaum noch zu überblicken sind. Wie die Ausschüßten für den Viermächtepakt sind, läßt sich noch nicht endgültig feststellen. Aus dem französischen Lager wird dauernd berichtet, daß der Viermächtepakt unmittelbar vor der Unterzeichnung stehe. Wenn

Neues in Kürze

Im Gereke-Prozess wurden Oberst von Hindenburg, Staatssekretär Meißner und der frühere Reichsminister Treviranus als Zeugen vernommen.

Vor der italienischen und der deutschen Presse in Rom sollte Reichsminister Dr. Goebbels Italien insbesondere Mussolini Dank und anerkennende Bewunderung.

Infolge von französischer Seite gestellter Bedingungen vor Unterzeichnung des Viermächtepakts sind in Genf wiederum sehr ernste Schwierigkeiten entstanden.

Zum 17. Jahrestag der Seeschlacht am Stagerat wurden in vielen Städten des Reiches würdige Gedenkfeiern veranstaltet.

Durch einen Bergbruch in die Saale besteht im Kreise Bernburg größte Hochwassergefahr.

es so ist, würde wenigstens auf einem Spezialgebiet der Diplomatie vor dem Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz eine Grundlage gefunden sein. Es wird dann freilich notwendig sein, daß der Viermächtepakt so gefaßt ist, daß er auch wirklich die Beunruhigungsquellen beseitigt, die jetzt immer noch in Europa bestehen. Das wird man erst beurteilen können, wenn der Vertrag bekanntgegeben ist, der jetzt ja noch nicht einmal seine endgültige Formulierung gefunden hat. Das Arbeitspensum für die Diplomatie in Genf, in Paris, in London, Rom und Berlin ist reichlich groß — darüber kann kein Zweifel bestehen; aber man darf nicht vergessen, daß dieses Arbeitspensum eben deshalb so angeschwollen ist und sich eben deshalb auf so wenige Tage zusammendrängt, weil man allzuviel geträumelt und gezaubert hat. Die Diplomaten, die in den fremden Hauptstädten die Schuld daran tragen, müssen jetzt wenigstens versuchen, gutzumachen, was sie vorher versäumt haben, denn sonst werden sie vor der Gefahr stehen, daß die Londoner Weltwirtschaftskonferenz ein Mißerfolg wird — ein Mißerfolg, dessen letzte Wirkungen dann niemand übersehen kann.

Gereke-Prozess als Zeitpiegel

Oberst von Hindenburg, Staatssekretär Meißner und Reichsminister a. D. Treviranus als Zeugen.

Der Prozess gegen den ehemaligen Arbeitsbeschaffungskommissar Dr. Gereke erreichte am 7. Verhandlungstag seinen Höhepunkt. Zur Klärung der Verwendung überschüssiger Wahlgelder wurden Oberst von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, Staatssekretär Dr. Meißner und der ehemalige Reichsminister Treviranus vernommen. Der Prozess bekam durch diese Vernehmungen einen hochpolitischen Charakter.

Oberst von Hindenburg

erklärte, daß er mit dem Hindenburg-Ausschuß und mit den Sammlungen direkt nichts zu tun gehabt habe, ebensowenig mit der Abrechnung. Er erinnerte sich aber, daß in Gesprächen mit Dr. Gereke während der beiden Wahlgänge und nach der Wahl davon gesprochen wurde, daß es nötig sei, zur Förderung einer Politik der nationalen Sammlung nach dem Siege des Reichspräsidenten eine unabhängige nationale Zeitung zu gründen. Darauf, ob Dr. Gereke hierzu die Mittel aus einem Ueberfluß des Hindenburgfonds bereitstellen wollte, konnte sich der Zeuge nicht genau besinnen.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Langbehn: Ist es richtig, daß Dr. Gereke während des Wahlkampfes mit Ihnen darüber gesprochen hat, daß es dringend notwendig sei, im Interesse der nationalen Sache nach der Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg eine Einigung aller nationalen Kreise unter dem Reichspräsidenten von Hindenburg herbeizuführen?

Zeuge: Das ist ja auch der Sinn der Wahl gewesen. Sonst hätte der Reichspräsident sich nicht zur Verfügung gestellt.

Als nächster Zeuge wird der Staatssekretär des Reichspräsidenten

Dr. Meißner

vernommen. Er sagte aus, daß er sich absichtlich von der Ausführung der Wahlgelder und von den Verhandlungen des Ausschusses fern gehalten habe, weil er nicht mittelbar den Reichspräsidenten habe verpflichten wollen. Ueber

die geplante Zeitungsgründung

machte der Zeuge folgende Aussagen:

Es fanden Besprechungen statt, eine überparteiliche, nationale unabhängige Zeitung zu gründen, die den Gedanken der nationalen Sammlung vertreten sollte. An diesen Be-

sprechungen nahmen teil Freiherr von Gleichen vom Ring, Minister a. D. von Reudell, Herr von Lubowitzki, Dr. Gereke, Oberst von Hindenburg, ich und Dr. Regendanz.

Dr. Gereke wollte für die Zeitung 50 000 RM zur Verfügung stellen. Er hatte erkennen lassen, daß die Mittel aus dem Hindenburgfonds stammten. Da aber ein Kapital von 500 000 RM notwendig gewesen wäre, habe sich der Plan wieder zerlegt.

Auf eine nochmalige Frage des Vorsitzenden erklärte der Zeuge abermals mit Bestimmtheit, daß Dr. Gereke nur von 50 000 RM gesprochen habe.

Vorsitzender: Dr. Gereke hatte damals 380 000 RM aus dem Hindenburg-Ausschuß zur Verfügung. Wenn Sie das wußten, hätte man dann die Idee der neuen Zeitung weiterverfolgt?

Staatssekretär Meißner: Ich glaube, ja.

Staatsanwalt: Wußten Sie, daß überhaupt ein Gewinn da war?

Staatssekretär Meißner: Ich habe überhaupt nicht gewußt, daß ein Ueberfluß aus dem Hindenburg-Ausschuß vorhanden war.

Beziehungen zur Regierung Braun

Auf Antrag des Staatsanwalts werden dann zwei Briefe Dr. Gerekes vorgelesen, von denen der eine an den früheren preussischen Minister Klepper, der andere an den Bürgermeister Zimmer-Düneberg gerichtet ist.

Aus den Briefen ergibt sich, daß Dr. Gereke der Hindenburg-Politik, die im Sommer 1932 dazu führte, daß die preussische Regierung entmachtet wurde, nicht gefolgt ist, und daß er in enger Beziehung zu den ermachteten preussischen Ministern gestanden hat, daß er eine ganz bewußte Politik gegen die damalige nationale-revolutionäre Bewegung und gegen die nationale Regierung führte, so daß die Andeutung, er habe das gewollt, was jetzt erreicht sei, sich als das Gegenteil erweist.

Als nächster Zeuge erscheint

Reichsminister a. D. Treviranus.

Auch er sagt aus, daß ihm von einem Ueberfluß von 400 000 RM nichts bekannt gewesen sei. Zu der Kernfrage des Prozesses äußert sich der Zeuge u. a.:

Anfang 1932, als ich dem Kabinett Brüning als Minister angehörte, schien mir und meinen Freunden die Hoffnung berechtigt, daß die unter dem Primat der Außenpolitik stehende deutsche Regierungspolitik noch im Jahre 1932 zum Erfolge führen würde. Wir waren uns darüber klar, daß es darauf ankam, Hindenburg zum Siege bei der Reichspräsidentenwahl zu verhelfen.

Wir waren uns aber auch darüber klar, daß es mit seiner Wahl allein nicht getan war, sondern daß durch die notwendige Gleichhaltung der preussischen Regierung diese Ziele der Hindenburg-Politik gestiftet werden mußten.

Treviranus erwähnte weiter, daß Dr. Gereke keinen Hehl daraus gemacht habe, daß hinsichtlich der Finanzierung durch den notwendig gewordenen zweiten Wahlgang Schwierigkeiten entstanden wären, da auf Geldpenden für die Preußenwahl nicht mehr zu rechnen war.

„Einschaltung der NSDAP beabsichtigt“

Verteidiger Rechtsanwalt Langbehn: Wurde von Dr. Gereke davon gesprochen, daß es ihm darauf ankäme, unter der Führung des neugewählten Reichspräsidenten von Hindenburg eine nationale Front zusammenzubringen, in die auch die Nationalsozialisten einbezogen werden sollten?

Zeuge: Ja, das war die ganz selbstverständliche Auffassung des Kreises, dem wir schon angehörten. Wir haben uns immer wieder die Frage vorgelegt, wie man die Kräfte der nationalsozialistischen Erhebung in die Regierung einspannen könnte.

Verteidiger: Halten Sie es für möglich, daß Dr. Gereke überhaupt engere Fühlung mit Linkskreisen unterhalten hat, es sei denn, daß es sich um politische Mandate handelte, um sie über seine wahren politischen Absichten zu käufeln?

Zeuge Treviranus: Ich halte eine solche Verbindung mit Linkskreisen bei Dr. Gereke für völlig ausgeschlossen.

Verteidiger: Hat nicht schon Anfang 1932 Dr. Gereke ebenso wie der damalige Reichsminister Dr. Brüning und wie Sie den Wunsch gehabt, dem Führer Adolf Hitler den Reichsfinanzposten zu übergeben, und war es nicht so, daß Zweifel nur darüber bestanden, wie man diesen Plan ohne außenpolitische Erschütterungen durchführen könnte?

Zeuge: Ich weiß nicht, ob ich darüber ausagen darf, denn meine Kenntnis in dieser Hinsicht stammt doch aus meiner damaligen Eigenschaft als Reichsminister.